BRUCHSTELLEN

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien | *Nummer 67 / Jahr 7* | *Wien, Februar 2021*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist*innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

[Österreich] Information zu weiteren Geschehnissen nach der Demonstration am 30.1.2021 in Innsbruck

quelle: emrawi.org



(Beinhaltet die detailliertere Schilderung von Polizeigewalt.)

Bei Verfassen dieses Artikels sind nach wie vor 2 Personen inhaftiert. Menschen die freigelassen wurden, berichteten von mutmaßlicher Repression:

Inhaftierte durften kein Telefonat führen, bei polizeilichen Amtshandlungen wurde keine Rücksicht auf Körperuntersuchung durch das gleiche Geschlecht genommen. Es fanden auch körperliche Übergriffe statt, indem beispielsweise einer Person bei der polizeilichen Körperuntersuchung von hinten in den Schritt gefasst wurde.

Darüber hinaus waren Menschen in Haft der Gefahr ausgesetzt sich an Covid 19 anzustecken, da die Polizei vieler Orts keinen Mund Nasen Schutz trug und Personen in Haft ihre FFp2 Masken entfernt wurden. Dies hatte zur Folge, dass sie mit anderen Menschen in einer Zelle ohne Maske und Mindestabstand eingesperrt waren. Auch wurde berichtet, dass in einer Zelle kein Waschbecken vorhanden war, so konnte sich nicht die Hände gewaschen werden nach der Benützung der Toilette, obwohl mehrmals darauf hingewiesen wurde, dass die betroffene Person ihre Periode hatte. Des Öfteren wurden auch sexistische Sprüche gegenüber weiblichen Personen in Haft vernommen.
Ebenfalls wurden vegetarischen Personen das Essen von fleischlosen Gerichten verweigert. Bei der Freilassung von Personen wurde ihnen mutmaßlich ein falscher Standort seitens der Polizei kommuniziert, so dass diese Personen mitten in der Nacht weit weg von Innsbruck auf der Straße standen. Solidarische Personen, vor der Polizei wartend, hatten ebenfalls unter Polizei Repression zu leiden. Somit gab es unzählige Anzeigen wegen angeblichen Verstößen.
Es sind bereits über 48 h nach der Verhaftungen vergangen, trotzdem sind immer noch 2 Menschen (oder mehr?) hinter Gittern. Auch Anwält*innen wird es derzeit unmöglich gemacht, diese Personen zu sprechen und sie somit zu unterstützen. Somit werden nach wie vor Grundrechte verletzt.

Viele Menschen haben bereits ihren Unmut über diverse Plattformen, wie soziale Medien, Politik, oder Presse kundgetan. Was jedoch für die Öffentlichkeit nicht ersichtlich ist, dass Repression nach wie vor stattfindet.
Auf der Demonstration wurden die Maßnahmen zu Einhaltung der Covid 19 Pandemie, die von Organisator*innen getroffen wurden, seitens der Polizei zur Nichte gemacht. Durch das Zusammendrängen der Demonstrant*innen und das zum Einsatz gekommene Pfefferspray wurde eine Panik ausgelöst. Somit konnten die Abstände nicht eingehalten werden, die Masken auf Grund von Pfefferspray nicht mehr getragen werden. Auch Körperkontakt war durch erste Hilfe Leistungen von Verletzten nicht mehr verhinderbar, da der Zugang für Sanitäter*innen/ Rettungswagen seitens der Polizei versperrt wurde. Die Polizei vor Ort zeigt Demonstrant*innen für Verstöße gegen Corona Maßnahmen an, die ihr Einsatz selbst verschuldete.

Das Demonstrationsrecht von ca. 800 Personen wurde seitens der Polizei gravierend missachtet. Nicht nur political profiling, sondern auch racial profiling fanden auf der Demo statt. Die Exekutive hat mutmaßlich und willkürlich GRUNDRECHTE, sowie MENSCHENRECHTE massiv verletzt. Die Folgen der Demonstration setzten sich fort.

Wir sind wütend, traurig und schockiert und fordern die sofortige Freilassung aller Inhaftierten.
Wir fordern von der Justiz, dass alle Anklagepunkte fallen gelassen werden.

[Österreich] Soligrüße aus Wien nach Innsbruck

quelle: emrawi.org



In Wien konnten am Sonntag Tausende Menschen, zum Teil Rechtsextreme, Neonazis und Antisemit_innen, trotz Auflösung der Versammlung und ohne Einhalten der Covid-19 Maßnahmen ungehindert durch die Stadt spazieren.

In Innsbruck wird die Demonstration „Grenzen töten“ gewaltsam aufgelöst. Die Polizei geht mit Pfefferspray und Schlagstöcken vor, Demonstrant_innen werden gekesselt und verletzt, Menschen werden festgenommen.
Angeblicher Grund: Das Nicht-Einhalten des Mindestabstands.

Einige unserer Freund_innen sind immer noch in Haft!

Es ist nicht überraschend mit welchem Maß hier gemessen wird.
Kein Vertrauen in einen Staat, der Demonstrationen terrorisiert, welche sich gegen Abschiebungen und die Abschaffung der mörderischen Grenzen einsetzt.
Kein Vertrauen in die Polizei, die Menschen, welche Solidarität für jene zeigen, die keine Rechte haben, verhöhnt und verprügelt.

Solidarität mit den Gefangenen und Betroffenen der repressiven Maßnahmen!
Auf dass unsere Leidenschaft für die Freiheit die Mauern zum Einstürzen bringt!
Feuer und Flamme der Repression!

Scheiß Polizei!
Scheiß Österreich!

ANARCHIST DEFENCE FUND

neue website!!! afund.info

Unsere kollektive Solidaritätsstruktur unterstützt Anarchist*innen auf der ganzen Welt, wenn sie verfolgt werden oder sich in einer schwierigen Lebenssituation aufgrund ihrer politischen Ideen oder Aktivitäten wiederfinden.

Wir unterscheiden uns stark von anderen Solidaritätsstrukturen, da wir eine direkte Beteiligung an der Verteilung von Geld anstatt der gewöhnlichen Solidarität im Wohltätigkeitsstil bieten.

[Österreich] Solidarität mit den von Repression Betroffenen in Nürnberg und Innsbruck

quelle: emrawi.org



Im Oktober verurteilte das Nürnberger Amtsgericht zwei linke Aktivist*innen zu 18 bzw. 15 Monaten Haft ohne Bewährung. Der Grund: Sie sollen im Sommer 2019 auf dem Jamnitzer Platz in Nürnberg PolizeibeamtInnen angeschrien haben.
am 2.2. und 12.2.2021 wird gegen die zwei Nürnberger Genoss*innen vor dem Landgericht wegen Widerstands verhandelt. Solidarität mit den Beiden von dieser absurden Repression betroffenen!
Für die beiden Genossen wurde bei der Roten Hilfe ein Solikonto eingerichtet:

Rote Hilfe Nürnberg
GLS Bank
IBAN: DE85 4306 0967 4007 2383 59
BIC: GENODEM1GLS
Verwendungszweck: Jamnitzer

Am 30.02.2021 fand in Innsbruck eine Demo zu dem Thema „Grenzen töten“ statt. Die Demo wurde nach kurzer Zeit von den Bullen am weiterziehen gehindert. Der Block wurde gekesselt und wenig später mit Gewalt und unter Einsatz von Pfefferspray aufgelöst, mit dem Vorwand, die Abstandsregeln wären nicht eingehalten worden. Bei 30 wurden ID-Festellungen vorgenommen und 15 wurden wegen Identitätsverweigerung von den Bullen verhaftet. Nach jetztigem Stand, sind immer noch nicht alle Genoss*innen „frei“.Der Vorwurf bei allen: schwere Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Solidarität mit allen von Repression Betroffenen in Innsbruck!

[Österreich] Spendenaufruf: Solidarität nach der Demonstration „Grenzen töten“

quelle: rotehilfe.wien



Wir dokumentieren diesen Spendenaufruf einer Soligruppe. Der Vorfall ist in Innsbruck passiert, es sind jedoch auch Genoss*innen aus Wien betroffen:

Am Samstag, 30.1.2021, wurde in Innsbruck eine antirassistische Demo von Bullen massiv mit Pfefferspray und Schlagstöcken angegriffen. Danach kam es zu zahlreichen Festnahmen.

Gegen die Festgenommenen wurden diverse strafrechtliche Vorwürfe ausgepackt, um einige von ihnen die maximal erlaubten 48 Stunden und sogar darüber hinaus festzuhalten und die Polizeigewalt im Nachhinein rechtfertigen zu können. Dass sich die Bullen nach solchen Gewaltausbrüchen ihrerseits dann im Nachhinein verschiedenste Legitimationen ihrer Gewalt, wie vermeintliche Angriffe zurechtlegen, ist nichts Neues. Um ihre eigene Beschissenheit noch besser auszudrücken, ließen die Bullen in Innsbruck schließlich Sanitäter:innen nicht zu Verletzten und verlegten festgenommene Aktivist:innen mitten in der Nacht in andere Polizeianhaltezentren in Tirol – bei ihrer Freilassung wurde den Festgenommenen dann ein falscher Standort mitgeteilt. In den Anhaltezentren kam es zu weiteren Fällen von Schikane und Polizeigewalt: rechtlich zustehende Telefonate wurden verweigert, Körperuntersuchungen wurden nicht durch Personen der gleichen Geschlechtszuordnung durchgeführt, vegetarischen Personen wurden fleischlose Mahlzeiten verweigert.

Wir werden unsere Freund:innen und Genoss:innen nicht alleine lassen mit den zu erwartenden Repressionskosten! Wir kämpfen weiter zusammen gegen Festung Europa, Kapitalismus und gegen Repression!

Spenden für die Wiener Genoss:innen mit dem Betreff „Ibk3001“ an:

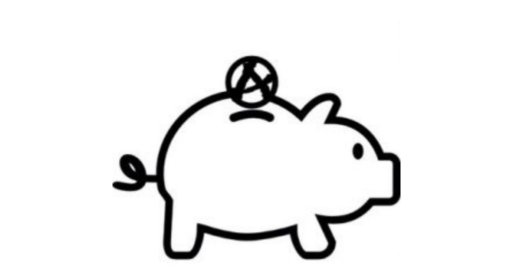
Rote Hilfe Wien
IBAN: AT46 6000 0103 1036 9883
Verwendungszweck: Ibk3001

Solidarität ist eine Waffe!

Updates folgen

Holt die Sparschweine raus! Spendenaufruf für Andreas

quelle: abc-berlin.net



Liebe Freund:innen,

viele von euch haben vielleicht schonmal von ihm gehört, gelesen, mit ihm Briefe geschrieben oder Aktionen für ihn gemacht.

Andreas ist für viele ein langjähriger Genosse, der bereits 17 Jahre in Deutschland und nun schon 3 Jahre in Italien im Knast sitzt. Seine Haft wird zudem extrem belastet durch seinen fortgeschrittenen Nierenkrebs. (mehr dazu: https://andreaskrebs.blackblogs.org/)

Seine Haft und Gesundheitsbedingungen sind katastrophal und unter jeder Menschenwürde.

Das ganze ist sehr komplex, aber ein großer Punkt im Moment ist der, dass er versucht seine Haft zu reduzieren und dafür den obersten italienischen Gerichtshof konsultieren muss. Das kosten Unmengen an Geld.



Wir als ABC Berlin möchten an dieser Stelle unser Mitgefühl und große Solidarität für die Situation von Andreas ausdrücken und zumindest versuchen ein wenig zu helfen.

Wir hoffen sehr, euch mit diesem Aufruf euch um die Reste eures Weihnachtsgeldes, den Überschuss des Monats oder ein paar zerknitterte Scheine aus der Sockenschublade erleichtern zu können. Bitte helft uns Geld für seine Prozesskosten und Medikamente zu sammeln. Bitte spendet so viel ihr könnt an die unten angegebene Kontoverbindung, denn es ist wirklich scheisse dringend.

Wir werden das Geld direkt an seine Frau weiterleiten, die es für Andreas verwenden wird.

Wir wissen, das Geld für viele Menschen und Gruppen im Moment ein schwieriges Thema ist; Einkommen fällt an vielen Stellen gerade weg, weil die Jobs fehlen oder die Solipartys und Veranstaltungen. Aber der Gesundheitszustand von Andreas ist sehr besorgniserregend und wir offen, dass ihr ein Teil eurer harten Reserven für ihn aufbringen könnt.

Die Kontoverbindung ist diese hier:

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
IBAN: DE12 1009 0000 7403 8870 18
BIC: BEVODEBB

Betreff: ABC-Berlin/ Andreas Krebs

Danke für eure Hilfe!!!

Thomas Meyer-Falk: Datenschutz im Justizvollzug – ein Beispiel



Der Datenschutz, dem verfassungsrechtlich eigentlich eine hervorgehobene Bedeutung zukommen sollte, droht im Gefängnisalltag immer wieder unter die Räder zu kommen. Mitunter macht es auch den Anschein, als sei er zumindest einem Teil der Beschäftigten eher lästig. Wer sich als Insasse oder Insassin darauf beruft gilt schnell als Querulant/in.

Herr Schmitt bekommt eine Stellungsnahme
Der seit einem knappen Jahr in der JVA Freiburg in Sicherungsverwahrung (SV) sitzende Herr Schmitt (alle Namen geändert) bekam kürzlich von der ihn behandelnden Stationspsychologin Frau Hammer einen Entwurf einer von ihr verfassten Stellungnahme zugeleitet, welche diese anschließend an das Gericht senden wollte um über den bisherigen Vollzugsverlauf zu berichten. Irritiert war Schmitt darüber, dass er aus seiner Sicht als der beste Freund zweier Sexualtäter auf der Station dargestellt wurde. Mit den beiden sitzt er tatsächlich öfters zusammen; und sie kochen und essen auch gemeinsam. Kurzerhand hatte also Frau Hammer die beiden Insassen ihm gegenüber dadurch als Sexualtäter geoutet.
Dass Schmitt, er selbst ist nicht wegen Sexualtaten in der SV, mit mir fast täglich zusammensitzt kam gar nicht in der Stellungnahme vor und so fragte er sich, welches Bild da über ihn vermittelt werden sollte. Aber er sprach auch die beiden als Sexualtäter geouteten Mitinsassen an.

Erste empörte Reaktion
Walter, er ist Mitte 30, war schockiert darüber, dass Frau Hammer ungefragt einem anderen Insassen mitteilte, dass er Sexualtäter sei und fragte sich und auch sie, ob angesichts solch eines Vorgehens noch eine Vertrauensbasis bestehe. Frau Hammer rief ihn schließlich in seiner Zelle an und nach Walters Aussage, habe sie ihm gegenüber ihr Vorgehen bedauert. Aber im selben Gespräch sei sie auf einen anderen Insassen einer anderen Station zu sprechen gekommen. Über diesen habe sie ihm berichtet, er sei Teilnehmer im BPS, dem Behandlungsprogramm Sexualtäter, beides sei ihm bislang in dieser Form nicht bekannt gewesen, so Walter.
Wenn der Vorgang so zutreffen sollte, hat Frau Hammer sich also erst für einen Fehler entschuldigt, um dann gleich einen anderen Insassen zu outen.

Der Fortgang der Affäre
Ein Wochenende später führten wohl Walter und Frau Hammer ein persönliches Gespräch; als er davon zurückkehrte kam er auf mich zu und teilte mir mit, dass Frau Hammer diesmal meine Person erwähnte und mitgeteilt habe, ich würde ja mit ihr seit Jahren therapeutische Gespräche führen, so die Darstellung von Walter. Er lebt erst seit kurzem auf derselben Station wie ich und wirklich viel habe ich im Alltag nicht mit ihm zu tun, fand es aber bemerkenswert, was alles Frau Hammer für mitteilenswert erachtet.

Das Problem – die juristische Seite!
Was für Außenstehende wie eine Petitesse anmuten mag, führt schnell in den Kernbereich des Datenschutzes, des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, wonach nämlich der Staat ihm bekannt gewordene personenbezogene Daten eigentlich nur unter engen Voraussetzungen an Dritte weitergeben darf. Es gibt Sexualtäter die, vielleicht verständlicherweise, nicht wollen, dass allgemein bekannt wird, dass sie Sexualverbrechen begangen haben. Dass man dies dann unter Umständen einem Insassen, und dies sogar noch in Schriftform, mitteilt, der im selben Schriftsatz als hochgefährlich eingestuft wird, irritiert zumindest. Im baden-württembergischen Justizvollzug ist die Verarbeitung von personenbezogenen Daten umfänglich geregelt (§§ 27 ff JVollzGB-1; die Übermittlung von Daten wird dann in den §§ 34 ff näher ausgestaltet), jedoch scheint keiner der Erlaubnistatbestände vorzuliegen, der es Frau Hammer gestatten würde, Insassen darüber zu informieren, ob diese wegen Sexualtaten einsitzen, ob und wenn ja welche Therapieprogramme sie besuchen und ob und wenn ja wie oft sie mit ihr sprechen.
Wir hätten also einerseits, sollte sich im weiteren Verlauf des Verfahrens, aktuell liegt eine erste Beschwerde beim Landesbeauftragten für Datenschutz, das Vorgehen von Frau Hammer bewahrheiten, mehrere Verstöße gegen den Datenschutz zum Nachteil verschiedener Insassen. Interessanterweise werden Insassen von gruppentherapeutischen Maßnahmen ausgeschlossen, wenn sie sich ihrerseits nicht an das Vertraulichkeitsgebot halten und Informationen die sie dort über andere Gruppenteilnehmer erhalten, nach außen tragen.

Das Problem – die psychologische Seite!
Andererseits fühlen sich jene Insassen die tatsächlich in einer engeren therapeutischen Beziehung zu und mit Frau Hammer, aber auch anderen Bediensteten der Anstalt, stehen unwohl und sind besorgt. Eine ernsthafte therapeutische Beziehung setzt Vertrauen auch in die Verschwiegenheit der Handelnden voraus, gerade weil eine Vielzahl der Insassen aus „broken-home" Konstellationen stammt, sie es bislang oftmals nicht gelernt haben Vertrauen aufzubauen, könnte solch ein Vorgehen wie das von Frau Hammer, nachhaltig schädliche Folgen zeitigen. Sicherlich, man könnte den Insassen entgegen halten, sie sollen nicht so empfindlich sein, angesichts des Leids das sie anderen angetan haben. Aber das würde dann dennoch nicht ein mögliches Vorgehen wie das von Frau Hammer rechtfertigen. Und ganz pragmatisch gedacht ist es nun mal tatsächlich so, dass dort kein Vertrauen entstehen kann, wo Mensch jederzeit damit rechnen muss, dass ein/eine Therapeut/in Informationen sogar an andere Insassen weiterreicht.

Und täglich grüßt das Murmeltier
Nun hat sich das Personal der JVA Freiburg in den vergangenen Jahren immer wieder hervorgetan durch Verletzungen des Datenschutzes, beanstandet wurde das illegale Abrufen von Daten aus dem Dienstrechner, die illegale Weitergabe der dort abgerufenen Daten, die illegale Erhebung von Daten in Gegenwart anderer Insassen und anderes mehr.

Aus psychologisch-psychiatrischer Sicht wird dann ein konsequentes Vorgehen gegen solche Verstöße pathologisiert, als Versuch von Manipulation und unstatthafter Machtausübung. Frau Hammer ist der Ansicht, angenommene oder tatsächliche Verstöße sollten zwischen Insassen und Bediensteten besprochen und weniger in Form von Eingaben und Beschwerden verfolgt, die eigenen Gefühle thematisiert und analysiert werden. Das sei allemal hilfreicher und sozial kompetenter als der Beschwerdeweg.

Grundkenntnisse über die datenschutzrechtlichen Bestimmungen und der dieser Rechtslage angepasste Praktiken und Beschwerdemöglichkeiten erscheinen also durchaus noch ausbaufähig. Letztlich steht das hier skizzierte Verhalten von Frau Hammer aber exemplarisch für den alltäglichen Umgang mit Daten im Justizvollzug.

Thomas Meyer-Falk
z.Zt. Justizvollzugsanstalt (SV)
Hermann-Herder-Str. 8, 79104 Freiburg
https://freedomforthomas.wordpress.com
Archiv: http://www.freedom-for-thomas.de

[Chile] Updates zu den anarchistischen Gefährt*innen, Francisco Solar und Mónica Caballero

quelle: panopticon.blogsport.eu

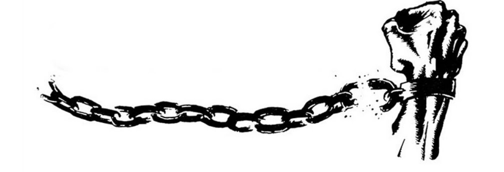


Die Gefährt*innen sind seit dem 24. Juli 2020 in Haft, nachdem sie wegen Sprengstoffanschlägen, die sich im Juli 2019 und Februar 2020 ereigneten, verhaftet und angeklagt wurden. Kürzlich wurden die ursprünglich angeordneten 6 Monate Ermittlungen abgeschlossen, und wie erwartet wird die Staatsanwaltschaft in einer für den 11. Februar angesetzten Anhörung die Verlängerung der Ermittlungen beantragen.

Beide bleiben daher weiterhin unter strengen Haftbedingungen, Francisco im Hochsicherheitrackt des Hochsicherheitsgefängnisses und Monica im „Trackt für die Öffentlichkeit" (A.d.Ü., so die Wortwörtliche Übersetzung) des San Miguel Gefängnisses. Nach einer mühsamen Mobilisierung – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gefängnisse -, die die Wiedereinführung der Besuche für alle Gefangenen forderte, können Monica und Francisco seit Mitte Dezember Besuche haben, die noch weit von den würdigen Bedingungen entfernt sind, die wiederhergestellt werden sollten: Die Besuche sind von einer Dauer von zwei Stunden und alle drei Wochen, wo nur eine Person zu Besuch kommen darf.

Die Gefährt*innen bleiben stark, unerschütterlich in der Überzeugung, dass das Gefängnis nicht das Ende von allem ist, sondern eine weitere Auseinandersetzung der anarchistischen Konfrontation ist. Von diesem Ort aus haben beide weiterhin einen Beitrag zur Diskussion und zum Kampf geleistet und gezeigt, dass die Mauern, die sie zu isolieren versuchen, der Solidarität und Komplizenschaft zwischen Anarchist*innen nicht standhalten.

Aufstand gegen den Polizeistaat!
Möge der Aufstand die Gefängnisse sprengen!
MONICA UND FRANCISCO AUF DIE STRASSE!



[Deutschland] Welche Wahrheit, welche Gerechtigkeit?

quelle: enough-is-enough14.org



Maria B. wurde vor einem Jahr am 24.01.2020 in ihrer Wohnung in Berlin von einem Bullen ermordet, nachdem ihr Mitbewohner die Polizei gerufen hat, weil er sich von ihr bedroht fühlte. Vier Bullen sind in die Wohnung eingebrochen und einer von denen hat sie erschossen.

Am 24.01.2021 fand die Kundgebung vor dem Haus von Maria statt.

Dieser Text wurde aus attaque.noblogs.org übersetzt, vorgelesen und als Flyer verbreitet.

Der Missbrauch seitens der Polizei – wenn die Bullen erpressen, beleidigen, verprügeln, vergewaltigen, ermorden – das alles wird von den Dienern des Staates als Einzel- und Ausnahmefall beschrieben, als Ergebnis ungünstiger Umstände oder einem „faulen Apfel" geschuldet.

Dies bedeutet zu behaupten, dass die Polizisten insgesamt tapfere Ritter im Dienste des Guten seien und dass ihre Arbeit unverzichtbar für die Gesellschaft sei.

Dennoch reicht es, sich ein bisschen umzuschauen, um zu sehen, dass Gewalt die Essenz von Herrschaft ist. Diese Gewalt wird aber oft verborgen oder normalisiert, als ob die Ausbeutung, die Angriffe, die Einsperrungen und die Ermordungen normal sein könnten.

Viel zu oft verurteilen die Opfer polizeilicher Gewalt und ihrer Angehörigen das Verhalten der Bullen nur in Bezug zum Einzelfall, von dem sie betroffen sind. Das Wesen der polizeilichen Institution und des Herrschaftssystems, dem sie dient, wird fast nie hinterfragt. Die Polizei hat eine Person getötet? Ihre Angehörige stellen eine Anzeige, organisieren stille Gedenkmärsche, unterdrücken ihre Wut und versuchen den Zorn derjenigen, die nach Rache schreien, zu besänftigen. Sie denunzieren das rassistische, faschistische und antidemokratische Abdriften eines Teiles der Sicherheitskräfte. Sie appellieren an dem Gesetz, dasselbe Gesetz, das in erster Linie zur Sicherung von Herrschaft und Ausbeutung existiert.

Wie oft hören wir den Ruf nach „Wahrheit und Gerechtigkeit"? Wahrheit: das „kriminelle" Verhalten bestimmter Polizisten sollte erkannt werden – und demzufolge das „richtige" Verhalten wiederhergestellt werden. Gerechtigkeit: die Verantwortliche sollten bestraft werden – damit das System gleichbleibt.

Und an wen werden diese Appelle gerichtet? An die Justiz der Gerichtshöfe natürlich! Diejenige Justiz für die die Polizei arbeitet und die es ohne Polizei nicht geben würde. Welche Wahrheit und welche Gerechtigkeit sind dann gemeint? Nur diejenige, die uns die Justiz – Instrument der politischen, ökonomischen und moralischen Macht – zugestehen wird.

All das bedeutet das Herrschaftssystem und seine Diener zu stärken. Es handelt sich dabei um einen Teufelskreis, aus dem man nicht mehr rauskommt.

Das Herrschaftssystem kann es manchmal hilfreich finden, ein bestimmtes Verhalten seiner Diener zu bestrafen, das als übertrieben wahrgenommen wird. Wir leben ja in einer Demokratie, vergessen wir das nicht! Und die „Beschwerden" der Untertanen, wenn sie nur kleine Teile des Systems hinterfragen, können auch nützlich sein. Das System kann somit ihre Lücke und ihre Exzesse korrigieren und zugleich den Eindruck erwecken, dass sie seinen Untertanen zuhört. Dies stärkt das Herrschaftssystem und beseitigt die inneren Reibungen.

Solange es die Polizei gibt, wird es Polizeigewalt geben. Aber in alltäglichen Situationen ist die Polizei erfolgreicher, wenn sie vorgibt, ein besonderes Augenmerk für die Rechte der Bürger zu haben. Das Märchen der Demokratie und der Menschenrechte kann weitergehen.

Wer glaubt eigentlich an dem freundlichen Bullen? Es handelt sich immernoch um einen Bulle und er erledigt seine Arbeit besser als der brutale Bulle. Aber versuchen wir uns kurz vorzustellen, dass eine „freundliche", „demokratische" Polizei, die unsere „Rechte" beachtet, möglich wäre. Was würde das bedeuten? Das auf der anderen Seite die Bevölkerung auch „freundlich" sein würde.

Ein Herrschaftssystem, das sich mit der Maske der Demokratie verdeckt, diese riesige Lüge, hätte ein großes Interesse daran, dass die Polizei keine Gewalt mehr benutzt. Denn dies würde bedeuten, dass es ihr gegenüber Untertanen geben würde, die gehorchen würden. Der Schäferhund ist sanftmütig, wenn die Schafe sich fügen.

Eine Polizei zu wollen, die ihre Arbeit „gut" erledigt, bedeutet also sich die eigene, gänzliche Unterwerfung zu wünschen. Man würde keinen Knüppel mehr brauchen, weil jede_r schon ein Polizist – der mächtigsten – in seinem_ihrem eigenen Kopf hätte.

Das Hauptproblem ist also nicht die einzelne Gewalttat der Bullen. Das Problem ist die Existenz der Polizei, die Existenz des Staates, dem sie dient und schließlich die Existenz einer Gesellschaft, die auf Autorität und Knechtschaft basiert.

Deswegen wollen wir gar keine Polizei, nicht mal die demokratischste – vor allem nicht die demokratischste. Nicht weil die Bullen Mörder sind. Sondern weil das System, dass sie verteidigen und auferlegt wird, tödlich ist. Weil eine Welt, die die Polizei braucht, eine tödliche Welt ist. Weil wir keine Autorität mehr wollen! Weil wir frei sein wollen!

[Unter diesem Link der Originaltext auf Französisch: https://lucioles.noblogs.org/post/2014/02/05/quelle-verite-quelle-justice/].

Einige anarchistische Individualitäten

[Griechenland] Griechenland: Giannis Dimitrakis und Nikos Maziotis beenden Hungerstreik in Solidarität mit Dimitris Koufontinas

quelle: enough-is-enough14.org



Griechenland. Erklärung von Giannis Dimitrakis und Nikos Maziotis zur Beendigung ihres Hungerstreiks in Solidarität mit Dimitris Koufontinas.

Ursprünglich veröffentlicht von Athens Indymedia. Übersetzt von Riot Turtle für Enough 14.

4. Februar, 2021

Heute, den 4. Februar 2021, geben wir das Ende des Hungerstreiks bekannt, den wir am 16. Januar begonnen haben, als Zeichen der Solidarität mit der Forderung von Dimitris Koufontinas, in das Gefängnis von Korydallos verlegt zu werden. Wir glauben, dass unsere Hauptziele, die darin bestanden, Dimitris Koufontinas in dem von ihm begonnenen schwierigen Kampf zu begleiten und das Projekt der Solidarität zu bereichern, weitgehend erfüllt wurden.

Wir wünschen dem Genossen Dimitris Koufontinas, der sich in einer kritischen und gefährlichen Situation für seine Gesundheit und sein Leben befindet und den 28. Tag des Hungerstreiks durchmacht, sowie allen, die ihm in jeder Hinsicht und unter widrigen Bedingungen zur Seite stehen, viel Kraft. Nichts ist vorbei, alles geht weiter!

Giannis Dimitrakis

Nikos Maziotis, Mitglied von Revolutionärer Kampf

In eigener Sache & Termine mit/von/ohne ABC W:

14.-15.05.2021 ABC Fest [more infos soon]

Eine Gefangenenliste gibt es auch als fertig formatiertes monatlich aktualisiertes PDF.

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
https://www.abc-wien.net/

[Deutschland] Nach Kundgebung/Demo am 23.01: Zellenrazzia im Knast Moabit!

quelle: criminalsforfreedom.noblogs.org

Nachdem sich am Samstag, den 23.01.21, zunächst etwa 200 Menschen versammelten, um dem im Knast Moabit Ermordeten Ferhat Mayouf zu gedenken und anschließend etwa 800 Menschen gegen die staatlichen Maßnahmen in Zeiten der Pandemie demonstrierten und auf beiden Veranstaltungen zwei Gefangene aus Moabit mit Redebeiträgen zu Wort kamen, wurden diese nun am 28.01.21 gerazzt. Hier die Berichte der Gefangenen von dem Tag:

Bericht von Kay:

„Ich saß um 06:15 Uhr auf meinem Bett mit T-Shirt, Jogginghose und Hausschuhen während ich genüsslich eine Zigarette rauchte, meinen warmen Kaffee trank und mit meiner Freundin telefonierte. Plötzlich wurden parallel die beiden Türen unserer Suiten (Begegnungszelle) lautstark und hektisch aufgeschlossen. Ein Bediensteter brüllte mich an ‚auflegen und rauskommen'. Dies tat ich. Ich sagte zu ihm, ich ziehe mir noch die Socken an, er antwortete ‚die brauchen sie nicht'. Aus der Suite getreten sah ich acht Bedienstete (normaler Weise sind es max. 3 bei einer bevorstehenden Razzia). Mir war schon klar, was jetzt abgeht. Zusammen und geschlossen im Konvoi mit meinem Suitenachbarn ging es vorbei am Aquarium der Teilanstalt 1 in den E-Flügel. Mein Suitenachbar fragte mich scherzhaft ‚Was hast du wieder gemacht?' Ich antwortete im Beisein aller Beteiligten mach dir kein Kopf, dass ist nur die morgendliche Willkür der Schlusen. (Schlusen = Verniedlichung von Schließern) Mein Suitenachbar ging in den Raum wo Leibesvisitationen abgehalten werden. Ich stand währenddessen wie bestellt und nicht abgeholt gelangweilt eingekesselt von vier Bediensteten auf dem Gang.
Nach ca. 5 Minuten kam meine Suitenachbar heraus, wir klatschten uns ab und ich ging hinein. Einer der drei anwesenden Bediensteten brüllte ‚alles ausziehen'. Es war kein Arzt dabei. Wie Gott mich schuf stand ich vor denen, Beine breit, Hoden anheben, umdrehen, nach vorne beugen und After auseinander ziehen. Als der Bedienstete in mein Knastportmonee schaute, stellte ich mir die Frage, ob er am Ende des Tunnels Licht sieht. Während er dies tat, ist mir etwas entfleucht in Form von heißen Edelgasen. Ich erschreckte mich selbst und drehte mich zu ihm um. Er fragte mich mit entglittenen Gesichtszügen ‚haben sie mich gerade angepupst?' Ich antwortete genervt naja, wenn sie mich morgens um 6.15 Uhr aus meiner Suite zerren und ich noch nicht das dritte K (Kaffee Kippen Kacken) geschafft habe, müssen sie damit rechnen. Nach der Peepshow wurde ich getrennt von meinem Suitenachbarn für ca. 50 Minuten in eine Wartesuite eingeschlossen. Es ging danach zurück auf unsere Begegnungssuite. Der Bedienstete erklärte mir, dass er meinen zweiten Tauchsieder und Ersatzantennenkabel beschlagnahmt hat. Komisch, zwei Wochen vorher hat die Sicherheit eine Haftraumrevision durchgeführt und nichts beanstandet. Die Bilder blieben hängen und der Tauchsieder und das Antennenkabel blieben im Haftraum. Empört erklärte ich dem Herren, dafür habe ich eine Quittung und das ist mein Eigentum. Ich zeigte ihm die Rechnung, nichts änderte sich daran. Er blieb dabei und unterstellte mir jetzt zusätzlich ich hätte den zweiten Tauchsieder geklaut. Ich ließ nicht locker und nach mehrminütiger Diskussion sagte er ‚wollen sie mich jetzt anpissen?' oder was? und knallte das Brett der Suite zu. Naja dachte ich mir, wenn die Bediensteten keine Argumente mehr haben und auf eine sachliche Diskussion nicht einsteigen wollen, werden diese laut, ausfallend und ungehalten. Dies Benehmen glich so als würde man einem Kind den Lolly klauen.
Ich sah mich in meiner Suite um und merkte, dass viele Bilder abgerissen, zerrissen und zerknüllt wurden. Der Inhalt meiner Schränke lag verteilt auf dem Bett und Fußboden.Wer keine Argumente mir mehr entgegen bringen kann, zeigt abnormale Vorgehensweisen im Verhalten, wie zB. Chaos in meiner Suite anzurichten. Bei meinem Suitenachbarn sah es deutlich besser aus, Bilder hingen noch dort wo sie vorher hingen. Ich ging an meinen Schrank und schaute ob die Bediensteten an den Akten waren. Ja, das waren sie! Der Aktenordner in denen Schreiben von meinen Anwälten und von den Abgeordnetenhaus von Berlin abgeheftet waren, waren offen, die Klammer die die Schreiben zusammenhielten ebenso. Auch bemerkte ich, dass diese Ordner an der falschen Stelle standen im Schrank. Meine Ordnung lässt grüßen! Mein Suitenachbar und ich schauten uns nur grinsend an und wir sagten uns frischen Kaffee, Zigarette und aufräumen. Etwas positives hatte die willkürliche Aktion, ich konnte meinen Schrank mal feucht auswischen, da der Inhalt ja in der Suite verstreut war. Einen Arbeitsschritt gespart, danke Jungs und bis bald. (…)
Ich gehe nunmehr davon aus, dass Frau Stein (Leiterin der JVA Berlin Moabit) und/oder Frau Wedra (Leiterin Teilanstalt 1) dies angeordnet hat, als Retourkutsche,Willkür und Machtdemonstration. Seit Monaten schreibe ich Anträge gemäß § 119a StPO, Beschwerden und starte Petitionen wegen gerechtfertigten Belange, die die Schutzbefohlenen betreffen. Beispielsweise die Duldung und Unterstützung der finanziellen Ausbeutung von Schutzbefohlenen in Form von rechtswidrigen und überteuerten Telekommunikationsdienstleistungskosten, Überprüfungs-und Versiegelungskosten von E-Geräten sowie Einkäufen bei der Firma Massak. Zeitgleich wird der Druck draußen von Angehörigen und Demonstrationen in Form von Anzeigen, Beschwerden und Kundgebungen erhöht. Auch die unbequeme Wahrheit die ich draußen publik gemacht habe wegen der Missachtung der Sars Cov 2 Infektionsschutzverordnung Land Berlin in der JVA Moabit sowie mein Zeugenbericht wegen dem Haftraumbrand wobei Ferhat Mayouf ums Leben gekommen ist spielen hierbei anscheinend eine Rolle. Wie heißt es doch so schön, getroffene Hunde bellen."

Erlebnisbericht von Danny:

„Nach einer Nacht mit wenig Schlaf ist es 6.15 Uhr. Angezogen mit der Mülltüte in der Hand erwarte ich den allmorgendlichen Aufschluss. Der frisch aufgesetzte Kaffee wartet dampfend auf seinen Verzehr. Ein typischer Morgen halt. Die Tür geht au', mein Blick in den Gang verrät: nichts ist typisch. Vor meiner Zelle haben sich acht Bedienstete aufgestellt. ‚Hinstellen' bellt mich einer mit dem Fingerzeig auf meinen Müllbeutel an. ‚Raustreten' bellt er weiter. Vier der Beamten umringen mich, da entlang. Ich bekomme noch mit, wie andere Beamte in meine Zelle einrücken. Gleichzeitig wird die Tür zu meinem Mithäftling geöffnet. Ihn erwartet also das Gleiche denke ich noch. Ich werde schweigend durch den Stationsflur des C- Flügels in den E-Flügel geleitet. Diensthabendes Personal und Hausarbeiter stehen überall. Eine Vorführung und Erniedrigung gleich kommend. Wir erreichen einen Untersuchungsraum im E-Flügel. Inzwischen kommt auch mein Mithäftling.
Flankiert von Beamten die ihn nicht aus den Augen lassen. Als der Tross uns erreicht, frage ich zum Scherz meinen Mithäftling was er denn angestellt hätte. Seine Antwort ist kurz und knapp, seine typische Art eben, 'nichts als Beamtenwillkür' sagt er. Da rein, der Beamte verweist auf die Räumlichkeit. Ich gehe hinein. Ausziehen! Ich beginne mich zu entkleiden, frage dabei aber was das Ganze den soll? ‚Geht sie nichts an' so die saloppe Antwort. In meinem Kopf stellen sich Fragen, Gedanken wirbeln durcheinander während ich nackt versuche ein wenig Würde zu behalten. Meine Kleidung wird durchwühlt und gewendet. Nackt sehe ich dem Treiben zu.
Nachdem noch meine Boots durchleuchtet werden, darf ich mich wieder unter den Blicken der Beamten bekleiden. Kein typischer Morgen! Danach werde ich in einen anderen Haftprüfraum geführt mit dem Kommentar ‚geht gleich weiter' fällt die Tür ins Schloss. Ich höre das typische Einschlussgeräusch. Tief durchatmend stehe ich in einer mit Stühlen ausgestatteten Zelle. Ich blicke zum Fenster raus und suche einen Fixpunkt. Ich bin klaustrophob! Fixpunkte sind wichtig, Panik steig in mir auf, wirre Gedanken. Nach einigen Minuten finde ich einen Ast mit verwachsenem äußeren an dem Baum vorm Fenster. Der erlernte Reflex setzt ein. Fixieren und Gedanken ordnen sage ich wiederholt zu mir selbst. Gebe dir nicht die Blöße vor denen, sei stark. Fokussiert auf den Ast vergeht die Zeit. Fünfzig Minuten später geht die Zelle auf 'so' sagte ein Beamter.
Der normale Haftalltag geht weiter. Ich werde zu meinem Haftraum geführt. Schon beim Öffnen sehe ich, dass der die Zelle durchsucht hat. Meine Akten- und Briefordner stehen auf den Boden. Die Packungen meiner Cornflakes geöffnet. Schränke durchsucht und Chaos auf dem Tisch. Mein Mithäftling kommt. Ich öffne die Zwischentür und sehe seine zugerichtete Zelle. Seine Schrankinhalte sind auf dem Bett verteilt, Fetzen von abgerissenen Bildern auf dem Tisch. Transportboxen geöffnet und durchwühlt. Wir sehen uns an, na Super stellen wir fest. Kaffee kalt, kostet ja nix. Ich sehe sein Chaos und sage „'ch mach uns neuen frischen Kaffee', Zigarette hilft denken wir wohl beide und zünden uns eine an. Er ist wie immer ruhig und gefasst. Keine Zeichen von Unruhe, in mir brodelt es. Gerade so einer Panikattacke entkommen, kann ich nichts sagen und frage ihn ‚was soll das denn?' ‚Schikane und Beamtenwillkür' sagte er ruhig rauchend.
Die haben es auf uns abgesehen. Wir halten eben nicht die Klappe, das mögen die nicht. Die Leser sollten wissen, wir beide schreiben Beschwerden an den Senat, die Anstalt und andere. Wir sind nicht leise, unbequem halt. Wir beginnen unsere Zellen aufzuräumen, langsam beruhige ich mich. Um nicht die Kontrolle zu verlieren habe ich mir eine Bedarfsmedikation gegönnt. 9.20 Uhr endlich Hofgang, wir gehen hinaus, frische Luft tut gut. Natürlich ist unser Martyrium Gesprächsstoff, alles wundert sich. Wir waren die Einzigen die das an diesem Tag ertragen mussten und nein der Tag verlief nicht wie sonst. Bei jedem Aufschluss betrat ein Beamter unsere Hafträume und blickte sich suchend um und öffnete das Fenster. Warum? Wir wissen es nicht. Über diese Vorgänge wurde uns nicht eröffnet. Laut Untersuchungshaftgesetz müsse dies aber erfolgen und die Ausführung einer solchen Maßnahme erfolgt nur nach Befehl der Anstaltsleitung.
Ein Schelm wer da Böses denkt. Wir halten trotzdem nicht die Klappe.
Wehrt Euch! Grüße an Alle! Haltet durch!"

[Deutschland] Update zur Kundgebung am 23.01 vorm Knast Moabit und Folgen für Gefangene

quelle: criminalsforfreedom.noblogs.org



Alle Redebeiträge von der Kundgebung vom 23.01.21 findet ihr hier. Auf der Kundgebung in Gedenken an Ferhat Mayouf kam außerdem auch der Gefangene Kay aus Moabit zu Wort, welcher den Ablauf des Mordes schilderte. Seinen Redebeitrag findet ihr hier.

Die Konsequenzen dafür musste er das erste Mal am 28.01 spüren, als seine Zelle gerazzt wurde.

Nachdem sich Kay von der Razzia nicht einschüchtern ließ, folgen nun Folterungen: ihm wurde die Heizung in der Zelle abgestellt! Bei derzeitigen -10 Grad Celsius muss er nun also in seiner kalten Zelle hocken, „die Wärter ließen es auch nicht zu, eine Decke einzubringen".

Zeigt euch solidarisch mit dem Gefangenen, grüßt ihn über die kalten Mauern und zieht die Verantwortlichen zur Rechenschaft. Ihre Repression und Folterungen dürfen nicht unbeantwortet bleiben!

Weitere Infos folgen.

[Deutschland] Solidarität mit den Gefangenen Nicole und Martin

quelle: political-prisoners.net



Am Freitag, den 30.10.20 kam es in Stuttgart und Berlin in vier Wohnungen zu Hausdurchsuchungen. In Berlin wurden Martin Eickhoff und Nicole Grahlow festgenommen und befinden sich seit dem im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, für eine Reihe von Drohschreiben und versuchten Anschlägen verantwortlich zu sein.

Konkret wird ihnen zur Last gelegt, Drohbriefe an zahlreiche Politiker:innen geschickt zu haben, da sie „nichts gegen Ausbeutung, Faschismus, Gentrifizierung, Ignoranz gegenüber Klimaprobleme" unternehmen. Auch Bundesinnenminister Horst Seehofer und Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann erhielten Post. Versuchte feurige Attacken sollen vor der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg und vor der Villa des Fleischfabrikanten Clemens Tönnies verübt worden sein. Ebenso erhielten mehrere Betriebe des Personennahverkehrs Drohungen. Die Verfolgung von „Schwarzfahrern" solle abgeschafft werden. Außerdem erhielt der Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang Drohungen samt 9mm Gaspatrone.

Weitere Infos:
http://rotehilfestuttgart.blogsport.eu
http://www.berlin.rote-hilfe.de

Beide freuen sich über Post:

Martin Eickhoff
Asperger Str.60
70439 Stuttgart
Deutschland

Nicole Grahlow
Herlikofer Str. 19
73527 Schwäbisch Gmünd
Deutschland

Spendeaufruf für Martin

Liebe Mitstreiter*innen,
da es wegen Corona keine Möglichkeiten gibt, Geld im Knast zu verdienen und ich mir auch mal was gönnen will und die Essensportionen sehr klein sind; z.B. 20 g Margarine für's Frühstück und Abendessen zusammen.
Es wäre toll, wenn ihr mir deshalb Geld spenden könntet.

Solidarische Grüße an Euch alle
Martin

Meine Kontonummer lautet:
Zentrale Zahlstelle Justizvollzug
IBAN: DE 256005 01010 00 45521 07
BIC: SOLADEST600
Kreditinstitut: Baden-Württembergische Bank
Verwendungszweck: AK 80 Martin Eickhoff 20.11.81

Transnationaler Aufruf für Spenden und Unterstützung aus Ljubljana

quelle: enough-is-enough14.org

Ljubljana. Slowenien. Ein Video von der Demonstration der am 22. Januar 2021 gegen die Räumung der Autonomen Fabrik ROG stattgefunden hat, und ein transnationaler Aufruf für Spenden und Unterstützung.

Ursprünglich veröffentlicht von Komunal. Übersetzt von Riot Turtle für Enough 14.

Am Dienstag, dem 19. Januar 2021, wurde die Autonome Fabrik Rog (AT Rog) von gemeinsamen Kräften der mit Neonazis verbundenen privaten Sicherheitsfirmen und der Polizei brutal angegriffen und anschließend zerstört. Der Angriff wurde von der Stadtverwaltung von Ljubljana orchestriert. Ohne jegliche Vorwarnung und ohne jegliche Rechtsgrundlage. Häuser wurden abgerissen oder schwer beschädigt, jede Menge Ausrüstung, Werkzeug und persönliche Gegenstände gestohlen.

Gegründet im Jahr 2006, war AT Rog ein sozialer, kultureller und politischer Raum, der schnell zu einem der wichtigsten Knotenpunkte für direkte soziale Arbeit, Netzwerke für Solidarität mit Migrant:innen, basisorientierte politische Forschung und Aktionen wurde. Zusammen mit vielen anderen Aktivitäten richtete es sich an die Bedürfnisse der Menschen in Ljubljana. Ljubljana schuf AT Rog, weil es einen Bedarf dafür gab. Seine authentische Verbundenheit mit den Bewohner:innen von Ljubljana spiegelt sich in einem enormen Maß an Unterstützung durch viele Einzelpersonen, informelle Initiativen, akademische Institutionen und viele andere wieder. Sowie in vielen erhaltenen Spenden und sonstiger angebotener Unterstützung.

Während der gewaltsamen Räumung und der anschließenden Proteste, bei denen sich tausende Menschen dem Verbot aller öffentlichen Versammlungen wegen der Pandemie widersetzten, wurden viele Menschen verhaftet, mit Geldstrafen belegt und in einigen Fällen wurden Strafverfahren eröffnet. Wir erwarten, dass die Kosten für Bußgelder nur steigen werden, wenn der Staat seine Repression fortsetzt und die Kosten für Gerichtsverfahren steigen. All dies wird eine zusätzliche Belastung für die Gemeinschaft von AT Rog sein, die sich auch mit unmittelbaren Problemen wie Wohnungssuche, gestohlener Ausrüstung und dem notwendigen politischen Kampf auseinandersetzen muss.

WIR RUFEN DIE ANTIAUTORITÄRE BEWEGUNG AUF DER GANZEN WELT AUF, UNS IN DIESEM MOMENT DER NOT UND DRINGLICHKEIT MIT ALLEN VERFÜGBAREN MITTELN ZU UNTERSTÜTZEN.

WIR RUFEN BESONDERS ZU SPENDEN AUF, UM EINZELPERSONEN ZU UNTERSTÜTZEN, DIE IM NETZ DER STAATLICHEN REPRESSION GEFANGEN SIND. JEDER BEITRAG ZÄHLT!

PayPal: solirog@riseup.net.
More info: solirog@riseup.net
www.komunal.org
atrog.org



ANARCHISTISCHES RADIO

in Wien jeden Sonntag 20:00 bis 21:00 Uhr auf FM 94.0 (Radio Orange)

in Graz jeden Mittwoch, 22: 00 bis 23:00 Uhr auf FM 92,6 (Radio Helsinki)

immer und überall auf www.a-radio.net

[Brüssel] Massive Repression gegen Demonstration gegen klassen- und rassistische Justiz

quelle: enough-is-enough14.org



Brüssel. Vor zwei Wochen starb Ibrahima, nachdem er von der Polizei verhaftet wurde. Am 13. Januar folgte ein Tag und Nacht der Revolte. Am vergangenen Sonntag demonstrierten Menschen gegen die klassen- und rassistische Justiz. Die Bullen reagierten mit harter Repression.

Ursprünglich veröffentlicht von Brüssel Indymedia. Übersetzt von Riot Turtle für Enough 14.

Unter diesen Bedingungen und in Absprache mit ihnen war die Anwesenheit der Familien der Opfer von Polizeigewalt und Tötungen sowie vieler anderer nicht mehr möglich. Das Risiko war zu hoch, so dass sie nicht wie ursprünglich geplant teilnahmen. Insofern ist den staatlichen Behörden auf allen Ebenen ihr Coup gelungen: den Familien wieder einmal den öffentlichen Raum zu verwehren. Wenn es noch eines Beweises für den grundlegend rassistischen Charakter der Institution Polizei und des gesamten politischen Apparates, der sie unterstützt, bedurft hätte, dann ist es dieser. Eine verabscheuungswürdige Situation, in der es nicht ausreicht, das Leben eines Sohnes oder einer Tochter zu nehmen. Der Staat muss noch alles aufbieten, was er zur Repression zur Verfügung hat, um zu versuchen, sie zum Schweigen zu bringen und sie unter Hausarrest zu stellen.

Sobald die Kundgebung begann, war die Spannung greifbar. Während mit den Polizeibeamten der Stadt Brüssel, die die Demonstration beaufsichtigten, eine Vereinbarung getroffen wurde, die Kundgebung für 45 Minuten zu tolerieren, forderte uns die föderale Polizeiverstärkung auf, das Gelände sofort zu verlassen, unter dem Vorwand, die Kundgebung sei einfach verboten. Erstaunlicherweise konnten sich die verschiedenen anwesenden Polizeikräfte sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen.

Während der gesamten Zeit der Redebeiträge umstellte die Polizei den Platz. Ihre Präsenz war massiv und auffällig. Ihre Beamten waren bereits in voller Kampfmontur gekleidet und bereit, einzugreifen. Die ersten Zwischenfälle hatten bereits stattgefunden: mehrere junge Leute wurden rund um den Platz streng kontrolliert, deren einziges „Verbrechen" es offensichtlich war, aufgrund ihrer Herkunft unerwünschte Personen im öffentlichen Raum zu sein. Tatsächlich wurden Informationen bestätigt, dass die Polizei Menschen daran hinderte, an der Kundgebung teilzunehmen.

Es würde die von der Polizei gewährten 45 Minuten dauern, nicht eine Minute länger. Als die Zeit verging, kam die Polizei näher, der Ring wurde enger. „Sie müssen den Platz sofort verlassen". Die meisten der Anwesenden entfernen sich, andere verweilen noch ein paar Minuten, einige, um auf Medienanfragen zu reagieren. Plötzlich kippt die Stimmung. Von der Straße her kommen Polizeibeamt:innen, diesmal mit Schilden und Schlagstöcken, auf den Platz und sperren die Straße ab. Die Zahl der Polizist:innen vor Ort explodiert. Sie schreien bereits, stürmen, schubsen und verhaften Menschen in den umliegenden Straßen. Ihre Aggressivität ist überwältigend, fast lähmend.

Ziemlich schnell kam es am Ende des Platzes und in Richtung Hauptbahnhof zu einer Konfrontation von Angesicht zu Angesicht zwischen der Polizei und den Teilnehmer:innen der Kundgebung, hauptsächlich jungen Leuten, von denen einige wenige Minuten zuvor mutig und brilliant gesprochen hatten. Sie wurden von Polizist:innen gekesselt, die in der Überzahl waren und massiv Hunde und Tränengas einsetzten. In dem darauffolgenden Chaos bringt die Polizei erneut einen der Demonstrant in Lebensgefahr: Ein Polizeifahrzeug beschleunigt scharf auf die kleine Menschenmenge zu und trifft einen Jugendlichen, der zu Boden fällt, bevor er aufsteht und weggeht.

Ein paar Minuten später sind alle diese Menschen um den Hauptbahnhof herum kesselt. Es sind etwa fünfzig Personen. Einige von ihnen liegen auf dem Boden, werden angehalten, umringt von Dutzenden Polizist:innen, unter ständiger Bedrohung durch Wasserwerfer. Sie werden nach und nach in Wannen zu den Polizeikasernen abgeführt. Eine sehr junge Menschenmenge, meist nicht-weiße Menschen.

Auf dem Heimweg erfahren wir schließlich, dass auf dem Luxemburger Platz eine „Rise for Climate"-Aktion stattfand, in friedlicher Atmosphäre unter den Augen einer kleinen Polizeipräsenz. Es ist natürlich eine Freude zu sehen, dass diese Menschen ihre Kundgebung unter solchen Bedingungen abhalten konnten. Aber was für ein Kontrast zu dem, was ein paar hundert Meter weiter passierte. In diesem Land werden bestimmte Anwendungen der demokratischen Freiheiten nicht toleriert, bestimmte Botschaften sollen nicht verbreitet werden. Die Forderung nach Wahrheit und Gerechtigkeit für die Opfer von Polizist:innenmorden ist eine davon. Die Forderung nach einem Ende von Rassismus, Sexismus und Klassismus auch bei der Polizei und der Justiz. An alle Einzelpersonen und politischen Organisationen, die die Repression gegen solche Kundgebungen verurteilen und unterstützen und nichts über die systematische und permanente unmenschliche Gewalt gegen unterdrückte soziale Klassen sagen: Hört für immer auf, von Demokratie, Freiheit, Gleichheit oder Menschenwürde zu reden, denn das sind für euch nur leere Worte. Ihr seid einfach nicht qualifiziert, das Wort zu ergreifen.

Die Polizei demütigt, verstümmelt, vergewaltigt und tötet. Wenn sich Menschen zusammenschließen, um sie anzuprangern, demütigt die Polizei wieder, verstümmelt, vergewaltigt und droht zu töten. Eines Tages jedoch werden mehr von uns auf der Straße sein als sie. Dieser Tag wird ein schöner Tag sein.

Am Ende wurden als Antwort auf eine Kundgebung von etwas mehr als 150 Personen massive Kräfte eingesetzt, die unglaubliche Härte und Gewalt angewandt haben: Verstärkungen der Bundes- und Regionalpolizei aus nahezu dem ganzen Land, Motorräder, Pferde, Dutzende von Fahrzeugen, sechs Wasserwerfer und ein Hubschrauber. Alle Anwesenden werden bestätigen können, dass die Polizei die alleinige Verantwortung für die Unruhen am Nachmittag trägt. In ihrer Erklärung hat die Polizei dies selbst demonstriert, als ihr Sprecher einräumte, dass „die Demonstration in einer ruhigen Atmosphäre stattfand". In der Tat, bis die Polizei sich anders entschied und insgesamt mehr als hundert Personen verhaftete.



[Chile] Panguipulli: Regierungsgebäude in Brand gesetzt nach Bullenmord an Straßenkünstler

quelle: enough-is-enough14.org

Panguipulli. Chile. Als Reaktion auf den Bullenmord an dem Straßenkünstler Francisco Martínez am 5. Februar, setzten Aktivist:innen ein Bullenrevier, ein städtisches Gebäude und andere Regierungsgebäuden in Brand.

Ursprünglich veröffentlicht von Abolition Media Worldwide. Übersetzt von Riot Turtle für Enough 14.

Auch die Gebäude des Correos de Chile (Postamt), des örtlichen Polizeigerichts, des Standesamtes und des Essal-Büros (Wasserversorgung) wurden bei dem Aufstand angegriffen.

Die Flammen haben das Rathaus komplett zerstört.

Nach dem Mord an dem jungen Straßenkünstler brach in der Gemeinde der Region Los Ríos eine Reihe von Protesten aus. Die Demonstrationen begannen vor der fünften Polizeistation von Panguipulli und breiteten sich auf andere Teile der Stadt aus und entwickelten sich zu mehreren Brennpunkten.

Der Mord ereignete sich am Freitag in Panguipulli, einem Badeort rund 800 km südlich der Hauptstadt Santiago, woraufhin Hunderte aus Protest auf die Straße gingen.

Einige Kämpfer:innen errichteten brennende Barrikaden und bewarfen die Bullen mit Steinen, während öffentliche Gebäuden, darunter auch das Rathaus, in Brand gesetzt wurden.

[Chile] Polizeirevier in Santiago mit Molotovs angegriffen

quelle: enough-is-enough14.org

Das 66. Polizeirevier in Santiago, Chile, wurde mit Molotovs angegriffen, nachdem Camilo Miyaki, 27, in Polizeigewahrsam getötet wurde. Die Polizei behauptete fälschlicherweise, er habe in seiner Zelle Selbstmord begangen.

Ursprünglich veröffentlicht von Abolition Media Worldwide. Übersetzt von Riot Turtle für Enough 14.

In weniger als einer Woche ist Camilo Miyaki die zweite Person, die während eines Polizeieinsatzes stirbt. Zuerst Francisco Martinez, ein junger Straßenkünstler, der in Panguipulli getötet wurde, und gestern Miyaki, ein 27-jähriger Mann ohne „eine Vorgeschichte mit psychischen Erkrankungen. Er hatte Pläne, Projekte. Er war ein freundlicher Mensch, emotional stabil und zeigte auf keinen Fall Selbstmordgedanken oder Anzeichen einer beginnenden Depression", teilte sein Partner mit.

Neben der Befragung der Institution steht auch die 51. Polizeistation von Pedro Aguirre Cerda – wo Camilo Miyaki starb – erneut in Frage. Zuvor wurde es in Frage gestellt, nachdem ein Vorwurf des sexuellen Missbrauchs und der Folter in den ersten Tagen des sozialen Ausbruchs im Jahr 2019 stattgefunden hat.

[Griechenland] Anarchistischer Motorradkorso in Solidarität mit dem hungerstreikenden politischen Gefangenen Dimitris Koufontinas

quelle: enough-is-enough14.org

Griechenland. Während Athen nach 3 Monate immer noch im Lockdown ist, hat die rechte griechische Regierung die Zeit genutzt, um wie eine Mafia-Organisation zu agieren und Rechnungen mit ihren ausgemachten Feinden, den Menschen, den Menschenrechten und Freiheiten zu begleichen. In einem gewalttätigen legislativen Crescendo zielt die Regierung darauf ab, einen junta-ähnlichen Polizeistaat zu errichten, wenn der pandemische Lockdown irgendwann endet. Von der Einrichtung von Polizeistationen in den griechischen Universitäten über das Verbot von Versammlungen und Protesten ab einer bestimmten Personenzahl bis hin zum Verbot der Bewegungsfreiheit von Journalist:innen und der Berichterstattung hat die ironischerweise von sich selbst als „Neue Demokratie" bezeichnete Regierungspartei beschlossen, dass die Einstellung tausender neuer Polizist:innen die Antwort auf alles ist, auch auf die Pandemie.

Ursprünglich veröffentlicht von Perseus999. Übersetzt von Riot Turtle.

Zu den Feinden der Regierung und ihrer Abrechnung gehört der politische Gefangene Dimitris Koufontinas, der elfmal lebenslänglich plus 25 Jahre verbüßt, nachdem er als Mitglied der „Revolutionären Organisation 17. November" (17N) verurteilt worden war. 17N war in Griechenland von 1975 bis 2002 aktiv, als sie nach einem gescheiterten Anschlag aufgelöst wurde. Im Jahr 1989 fiel der Politiker Pavlos Bakogiannis, der Schwager des heutigen Ministerpräsidenten und Vater des heutigen Bürgermeisters von Athen, der Organisation zum Opfer. Während des Prozesses von 17N übernahm Dimitris Koufontinas die politische Verantwortung für die Taten der Guerillagruppe und seine allgemeine Haltung während des Gerichtsverfahrens haben ihm in Teilen der griechischen Öffentlichkeit Respekt eingebracht, eine Tatsache, die der derzeitige Premierminister, der Bürgermeister von Athen und die amerikanische Botschaft nicht akzeptieren können. Also nutzen sie ständig ihre Macht, um die Gründungsidee zu verletzen, dass „Gerechtigkeit für alle gleich ist" oder dass „Demokratie nicht auf Rache aus ist", und behandeln ihn so eher wie eine Geisel als einen Gefangenen, indem sie ständig die gesetzlichen Regeln ändern, nur um Rache zu nehmen.

Infolgedessen ist der 63-jährige Dimitris Koufontinas zum fünften Mal in seinen 18 Jahren Haft in den Hungerstreik getreten (seit dem 8. Januar 2021), um als Gefangener behandelt zu werden und nicht wie ein politischer Gefangener, den es nach griechischem Recht als Gefangenenklassifizierung nicht gibt. Und doch gibt es politische Gefangene und das ganze Rechtssystem hat sich geändert, um sie anders zu behandeln, (denn dies zuzugeben wäre gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, dass Ihr Rechtssystem nicht demokratisch ist).

Kyriakos Mitsotakis, der Vorsitzende der derzeitigen Regierungspartei „Neue Demokratie", hatte öffentlich versprochen, dass er, sollte er an die Macht kommen, diesen speziellen Gefangenen vom Recht auf Hafturlaub und dem Recht, seine Strafe in landwirtschaftlichen Gefängnissen zu verbüßen, ausschließen würde.

Tatsächlich wurde im Dezember 2020 das Gesetz 4760/2020 erlassen, das eine Bestimmung enthält, nach der Personen, die wegen „terroristischer" Verbrechen verurteilt wurden, vom Hafturlaub und von der Verbüßung ihrer Strafe in landwirtschaftlichen Gefängnissen ausgeschlossen sind. Zu diesem Zeitpunkt (und bis heute) war Koufontinas der einzige Verurteilte, der in diese Kategorie derjenigen fiel, die in einem landwirtschaftlichen Gefängnis waren. Während der Gesetzesdebatte im Parlament wurde Dimitris Koufontinas ständig und vor allem namentlich erwähnt.

Am 23. Dezember 2020 wurde Koufontinas plötzlich vom Landwirtschaftsgefängnis in das Domokos-Gefängnis verlegt, und zwar auf eine Art und Weise, die einer Entführung ähnelt (ohne vorherige Ankündigung, ohne die Möglichkeit, seine Familie zu kontaktieren und ohne Zeit zu haben, seine persönlichen Sachen zu packen und sich zu verabschieden).

Es ist bemerkenswert, dass diese Verlegung in das Domokos-Gefängnis sogar gegen die Bestimmungen des oben genannten Gesetzes verstieß, das für seinen speziellen Fall erlassen worden war. Nach diesem Gesetz hätte er in das Korydallos-Gefängnis zurückgebracht werden müssen, wo er die letzten 16 Jahre inhaftiert war, ein Gefängnis in der Nähe des Wohnsitzes seiner Familie.

Dimitris Koufontinas, inzwischen 63 Jahre alt, erlebt eine dramatische Verschlechterung seiner Haftbedingungen, mit katastrophalen Folgen für seine Persönlichkeit sowie seine geistige und körperliche Gesundheit (letztere ist durch die Hungerstreiks, zu denen er in der Vergangenheit gezwungen war, geschwächt).

Die aktuelle Forderung ist die Verlegung von Dimitris Koufontinas ins Korydallos-Gefängnis sowie ein Ende der willkürlichen Maßnahmen gegen ihn.

Neben vielen anderen Solidaritätsaktionen, die seit dem Beginn von Koufontinas' Hungerstreik in ganz Griechenland stattfanden, organisierten anarchistische Biker:innen am Samstag, den 23. Januar 2021 – und während sich Griechenland in einer Lockdown befindet – in den Athener Stadtteilen Vyronas, Kaisariani, Pagkrati einen Gegen-Infokorso in Solidarität mit den Forderungen des politischen Gefangenen Dimitris Koufontinas, wie im Video oben zu sehen ist.

[Schweiz] Banner in Solidarität mit Dimitris Koufontinas in Bern

quelle: barrikade.info



Dimitris Koufontinas befindet sich seit dem 08.01.2021 im Hungerstreik. Ein Banner zur Unterstützung wurde an der griechischen Botschaft in Bern angebracht.

Der Revolutionär und Mitglied der 2002 aufgelösten Guerillaorganisation 17. November befindet sich seit dem 8.1.2021 im Hungerstreik. Sein Gesundheitszustand verschlechtert sich laufend. Aus diesem Grund haben wir heute Sonntag ein Banner an der Griechischen Botschft in Bern angebracht.

„ΝΙΚΗ ΣΤΟΝ ΑΓΩΝΑ ΤΟΥ Δ.ΚΟΥΦΟΝΤΙΝΑ Ή ΕΡΧΕΤΑΙ ΑΝΤΑΡΤΙΚΟ ΜΕΣΑ ΣΤΗΝ ΑΘΗΝΑ!! Victory for the struggle of Dimitris Koufontinas""

Erfolg und Kraft für Dimitris Koufontinas!

[Chile] Bewaffnete Straßenblockade in Solidarität mit politischen Mapuche-Gefangenen César Millanao

quelle: enough-is-enough14.org



Chile. Bewaffnet mit schwerkalibrigen Schusswaffen und Tarnkleidung unterbrach eine Gruppe von Weichave (Mapuche-Wort für Kämpfer:in) den Verkehr auf der Route P70-S, die die Kommunen Cañete und Tirúa in der Region Bío Bío verbindet.

Ursprünglich veröffentlicht von Abolition Media Worldwide. Übersetzt von Riot Turtle für Enough 14.

Die bewaffnete Aktion fand zur Unterstützung von César Millanao statt, gegen den eine mündliche Verhandlung vor dem Gericht in Cañete ansteht und der sich seit Dezember 2019 in Präventivhaft befindet.
Die Aktion fand an der Lleu Lleu Brücke statt, wo die Weichave Barrikaden errichteten, um den Verkehr auf beiden Fahrspuren der Straße zu stoppen.
Die Gruppe von Weichave führte AK-47- und M-16-Gewehre mit sich.

Die Straßensperre fand statt, während der bewaffnete Widerstand gegen den chilenischen Staat in Wallmapu (Mapuche-Gebiet) andauert. Kürzlich wurden Schüsse in der Nähe der Polizeistation Ercilla in der Region La Araucanía abgefeuert. Als Folge des bewaffneten Angriffs wurde der Leiter der Polizeieinheit am rechten Ziliarkanal (Teil des Auges) und am rechten Arm verletzt.